

Neues Pester Journal.

Abonnement: für Ungarn: Ganzjährlich 180 Kronen; halbjährlich 90 Kronen; vierteljährlich 48 Kronen; monatlich 18 Kronen; für Österreich, Deutschland, Tschecho-Slowakei und Jugoslawien vierteljährlich 60 Kronen; für das übrige Ausland 80 Kronen. Einzelne Nummern 1 Krone.

Neunundvierzigster Jahrgang.

Erscheint (mit Ausnahme des Montags) täglich. Redaktion und Administration: Vilmos császár-út (Kaiser Wilhelmstraße) Nr. 34. Telefon: Redaktion 26-09. Administration 26-10, 23-31.

Traurige Zustände.

Nicht ein einziger Lichtstrahl erhellt das düstere Dunkel, das unsere öffentlichen Zustände umhüllt. Überall, sowohl auf politischem wie auch auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete sind die Anzeichen des Verfalles wahrnehmbar. Nirgends sind auch nur die Anfänge des Aufstieges aus der furchtbaren Verelendung wahrzunehmen. Unbestreitbar ist Ungarn das Land, das durch die Katastrophe des Weltkrieges das meiste verloren hat. Die ungarische Nation hat, vielleicht mit der einzigen Ausnahme des französischen Volkes, den größten Blutverlust erlitten. Ueberdies wurde diesem unglücklichen Lande ein Frieden aufgezwungen, der ihm zwei Drittel seines Gebietes und mehr als die Hälfte seiner Bewohner entriß. Eine solche Amputation, eine solche Blutentnahme würde einem jeden anderen Staatswesen alle Lebensmöglichkeit rauben, nur Ungarn besitzt in der unermesslichen Urkraft seines Volkes, das die zahlreichen verheerenden Stürme eines Jahrtausends siegreich überstanden hat, eine nie versiegende Quelle der Regenerierung. Dieser Glaube stärkt die Hoffnung auf unsere Zukunft. Dieser Glaube darf aber nicht erschüttert werden. Heute müssen wir endlich den Weg einschlagen, der uns zum angestrebten Ziele, zur Wiederaufrichtung des alten Ungarn führt. Dieses Ziel aber werden wir nicht durch Waffengewalt, sondern nur durch unermüdete kulturelle und wirtschaftliche Arbeit erreichen. Um diese Arbeit wirksam leisten zu können, müssen wir in erster Reihe konsolidierte Zustände in unserem Vaterlande schaffen.

Naturngemäß fällt der Hauptanteil an der Konsolidierungsarbeit der Nationalversammlung als der Trägerin des Volkswillens und der Regierung als der ausübenden Staatsgewalt zu. Nicht im entferntesten möchten wir dazu beitragen, das Ansehen unserer gesetzgebenden Körperschaft zu schmälern, daß aber die Nationalversammlung nicht auf der Höhe ihrer Aufgabe steht, läßt sich nicht in Abrede stellen. Den größten Teil ihrer Beratungszeit füllen persönliche Streitigkeiten aus, die mitunter mit Verletzung der alten vornehmen Formen des parlamentarischen Anstandes ausgetragen werden. Dann kommen die endlosen Reden vor Eingang in die Tagesordnung. Schließlich die schon zur Gewohnheit gewordene Unpünktlichkeit der Abgeordneten, die den Präsidenten oft zwingen, die Sitzung um Stunden später, als sie anberaumt war, zu eröffnen. Natürlich bleibt dann für die meritorische legislatorische Arbeit nicht viel Zeit übrig und auch dann ist in der Spreu der leeren Reden nur hier und da ein Korn von gediegenen Ausführungen zu entdecken. Dieser Mißstand wird nicht zum geringen Teile durch die desolaten Parteiverhältnisse verursacht. Die Parteien, aus deren Reihen die Regierung gebildet ist, befehlen sich unabhängig, bald in voller Deffektivität, bald in den intimeren Räumen ihrer Klubs. Die naturgemäße Folge dieser Unstimmigkeiten ist die Schwächung der Position der Regierung, die doch die beiden Parteien unterstützen sollten.

Dieses Spiel ist schon soweit getrieben worden, daß man jetzt schon ganz offen von einer Regierungskrise spricht. Ob die Regierung schon abgedankt hat oder in den nächsten Tagen erst abdanken wird, ist dem Wesen nach einerlei. Diese Regierung hat sich als viel zu schwach erwiesen. Ihr muß eine starke Regierung folgen und die politischen Parteien haben die Pflicht, die Bildung einer starken Regierung zu ermöglichen, die fähig und stark genug ist, die Arbeit der inneren Konsolidierung mit offenem Kopf und mit kräftiger Hand zu leiten. Dann wird auch die produktive Arbeit einsetzen, von der wir alles hoffen, deren Ansätze aber wir derzeit noch nicht zu erkennen vermögen.

Der Boykott gegen Ungarn.

Die Regierung an den internationalen Gewerkschaftsverband. — Retorptionsmaßnahmen der ungarischen Regierung. — Der Boykott ist nicht allgemein. — Die Christlichsozialen gegen den Boykott. — Die ausländische Presse gegen den Boykott.

Der Boykott, der sich auf den Lastenverkehr, die Post, den Telegraphen und das Telephon erstreckt, hat, besonders in Wien, mit aller Schärfe eingesetzt, findet aber zum Teil heftige Opposition, namentlich im Kreise der Christlichsozialen, die durch den Boykott die Lebensmittelversorgung Wiens bedroht sehen. Die ungarische Regierung hat als Retorptionsmaßnahmen die vollständige Grenzsperrung angeordnet und wird selbst den Personenverkehr einstellen. Die ausländische Presse verurteilt den Boykott auf das entschiedenste.

Die heutigen Meldungen über den Boykott geben wir im folgenden:

Die Regierung an den internationalen Gewerkschaftsverband.

Dem I.A.B. wird amtlich mitgeteilt: Die königlich ungarische Regierung hat am heutigen Tage an den internationalen Gewerkschaftsverband in Amsterdam nachstehendes Telegramm gerichtet:

Diejenigen Daten, auf Grund deren der Boykottbeschluß erbracht wurde, beruhen auf Unwahrheit und Mißverständnis. Die ungarische Regierung hat auch bisher alles aufgeboten, um in diesem Lande, das nach dem Kriege zwei Revolutionen und schwere fremde Besetzungen durchgemacht hat, die Ordnung gänzlich herzustellen und zu sichern. Als die ungarische Nation, die bis zum letzten Augenblicke ihren Glauben an den Sieg der Gerechtigkeit und der menschlichen Einsicht nicht einzubüßen vermochte, den ihr aufgedrückten Frieden in seiner vollen Grausamkeit sich endgültig verwirklichen sah, meldeten sich stärker die Symptome der moralischen Konvulsion und die ungarische Regierung traf sofort die energischsten Verfügungen, um die Ordnung herzustellen. Die Durchführung des Boykottbeschlusses stellte jedoch die ungarische Regierung vor eine neue Lage, da die demzufolge eintretende Erbitterung die Volkseidenenschaft wieder stark aufklammern lassen kann. Die eventuell eintretenden Entbehrungen werden am stärksten die gewerbliche Arbeiterschaft und die Stadtböschung betreffen. Die ungarische Regierung tut natürlich auch heute und wird auch fernerhin alles tun zur Sicherung der Ordnung und zum Schutze der persönlichen Freiheit eines jeden Staatsbürgers. Wenn dies nicht vollständig gelingen sollte, so ist die Regierung schon im vornherein gezwungen, die Verantwortung auf jene zu überwälzen, die unberechtigterweise die vielgeprüfte ungarische Nation in eine neuere Verzwweiflung treiben wollen.

Die Retorptionsmaßnahmen der ungarischen Regierung.

Das I.A.B. meldet: Im Sinne einer Mitteilung der kön. ung. Staatsbahnen verkehren bis auf weitere Verfügung die in der Richtung nach Oesterreich verkehrenden Züge nur bis zur ungarischen Grenzstation, das heißt bis Bruck-Királyhida, beziehungsweise Gyánafalva. In entgegengesetzter Richtung verkehren die Züge gleichfalls nur von den oben erwähnten Grenzstationen. Die zwischen Budapest und Wien wöchentlich dreimal verkehrenden außerordentlichen Schnellzüge bleiben bis auf weitere Verfügung vorläufig ganz weg.

Magyar Hiradó meldet: Der Ministerrat hat sich heute eingehend mit all jenen Agenden befaßt, die er der Blockade gegenüber durchzuführen gesonnen ist. Der Ministerrat beschloß, dem Boykott gegenüber ungarischerseits die vollständige Grenzsperrung anzuordnen. Der internationale Boykott sollte den Personenverkehr nicht tangieren; dem gegenüber wird die Regierung auch den Personenverkehr einstellen. Niemand wird aus dem Lande hinausgelassen und auch die Einreise ins Land ist verboten. Vom heutigen Tage

ab wird kein Paß mehr ausgegeben. Demnächst erscheint die auf diese Maßnahmen bezügliche Verordnung, die ausführliche Instruktionen betreffs der Durchführung derselben enthält. Mit der Durchführung der Verordnung ist der Minister des Innern betraut. Jene, die die Verordnung ausüben, werden mit Einsperrung bis zu sechs Monaten und einer Geldbuße bis zu 2000 Kronen bestraft. Wenn jene, die die Verordnung ausüben, eine für das wirtschaftliche Leben schädliche Tätigkeit entfalten wollen, so wird über sie außer der Strafe auch die Internierung verhängt.

Magyar Ors. Tudósító meldet: Die Regierung befaßte sich mit der Angelegenheit des Boykotts und besprach jene Maßnahmen, welche ins Leben treten lassen wird. In erster Reihe wurden die in den Wirkungsbereich des Ernährungsministeriums fallenden Maßnahmen besprochen und als Ergebnis derselben pflog Ernährungsminister Stefan Szabó (Maghatád) eingehende Besprechungen mit den Sektionsleitern des Ministeriums. Das Ernährungsministerium wird das Publikum, beziehungsweise die Produzenten verständigen, daß es vorläufig den Export nicht sichern kann. Darüber, was mit den Lebensmittelabgaben, beziehungsweise Grünzeug und Obst der unterwegs befindlichen Züge zu geschehen habe, ist die Verhandlung noch im Zuge und eine Entscheidung ist erst später zu erwarten. Das Ministerium wird wahrscheinlich die Grünzeug- und Obstexportposten, sowie die größeren Produktionsverbände telegraphisch über die notwendigen Agenden instruieren. beschloß mit dem größten Nachdruck, daß er die Beförderung von Lebensmittelsendungen aus dem Lande unter keinen Umständen gestattet.

Der erste Tag des Boykotts in Wien.

Wien, 21. Juni. Seit Samstag abend passierte kein Lastzug die ungarische Grenze. Dagegen verkehren die Personenzüge regelmäßig. Am Südbahnhof wurde der Balatonexpress anstandslos abgelassen. Auf dem Döb- bahnhof hingegen spielten sich heute früh vor dem Abgang des Budapest-Personenzuges heftige Auseinandersetzungen zwischen dem sozialdemokratischen Zugführer und einem höheren Eisenbahnbeamten ab. Der Zugführer verweigerte die Führung des Zuges, weil der Personenzug auch einen Postwagen mitführte, der auch Briefe und Pakete enthielt, und berief sich auf den Beschluß des internationalen Gewerkschaftsbundes. Der Eisenbahnbeamte verwies dagegen auf die Dienstvorschriften. Da der Zugführer auf seinem ablehrenden Standpunkt beharrte, ließ der Beamte den Zug mit einem anderen Zugsführer abgehen.

In dem nicht sozialdemokratisch gesinnten Teil der Arbeiterschaft und der Beamtenschaft der Post, Telegraphen, Telephon und Eisenbahnen macht sich überhaupt eine stärkere Gegenströmung gegen den Boykott bemerkbar und in Wien glaubt man auch allgemein, daß eine längere Dauer des Boykotts auf österreichischem Gebiete und speziell in Wien schon vermöge der allgemein erwarteten Preissteigerungen der Lebensmittel ausgeschlossen sei.

Staatssekretär Zerdik äußerte sich einer bei ihm vorprechenden Abordnung der sozialdemokratischen Organisationen und Gewerkschaften der Eisenbahn- und Postangestellten gegenüber in entscheidender Weise, daß die Regierung den Boykott bedauere und sich mit ihm identifiziere. Niemand dürfe in der Erfüllung seiner Amtspflichten gestört werden, nötigenfalls werde für den Ersatz arbeitsunwilliger Elemente durch pflichttreue Angestellte gesorgt werden. Alle Amtsstellen haben den Auftrag, etwa vorkommende Anwendungen von Boykottmaßnahmen gegen Pflichterfüllung sofort an die Zentrale zu melden, die energig eingreifen werde.

In der Tat ging auch Sonntag nachmittag ein in diesem Sinne gehaltener Erlaß an die Amtsstellen hinaus. (U. A. B.)

Gegen den Boykott.

Wien, 20. Juni. (Funkspruch des Ung. Tel.-Korr.-Bureau.) In einer Präsidial Sitzung der Wiener Bezirksleitungen der christlichsozialen Partei wurde bezüglich des über Ungarn verhängten Boykotts festgestellt, daß dieser der Wiener Versorgung und der österreichischen Produktion schweren Schaden bringen würde. Es sei zu bedauern, daß die österreichische Regierung die von der jüdischen Rasse stammende Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates untätig duldet. Die Konferenz sprach den christlichsozialen Postbeamten ihren Dank aus, daß sie sich dem Boykott nicht angeschlossen haben.

In der gestern stattgehabten Jahresgeneralversammlung der Repräsentanz der Pesther isz. Kultusgemeinde wurde auf Antrag des Prof. Adolf Strauß einhellig der folgende Beschluß gefaßt:

„Die Repräsentanz der isz. Kultusgemeinde ist überzeugt, daß die Gesinnungen der ganzen ungarischen Judenheit verdorben sind, indem sie vor der ganzen Welt Protest erhebt gegen die Einmischung der Föderation Syndicale Internationale in die inneren Angelegenheiten Ungarns, die sie für unehrenhaft, ungerecht und unmenschlich hält. Indem sie diese Einmischung zurückweist, protestiert sie im Namen des Vaterlands und der Menschheit feierlich und auf das Entschiedenste gegen den über Ungarn verhängten Boykott.“

Dieser Beschluß wurde den beiden Landesorganen der ungarischen Judenheit: der isz. Landeskanzlei und der orthodoxen isz. Zentralkanzlei, sowie der Budapest. aut. orthodoxen Kultusgemeinde mitgeteilt. Diese Behörden und Korporationen haben sich dem obigen Beschluß vollinhaltlich zu eigen gemacht.

Vor einigen Tagen wurden für die am kommenden Sonntag beginnenden Karlsbader Rennen heiläufig hundert Rennpferde abtransportiert. Der Pferdetransport wurde auf Anordnung der ungarischen Regierung gestern auf der Grenzstation Királyhida aufgehalten und die Pferde nach den ungarischen Trainingsquartieren zurückdirigiert.

Das Wiener Telegraphen-Korrespondenzbureau veröffentlicht folgendes amtliches Communiqué:

Die in einem Wiener Abendblatt veröffentlichte Meldung, daß amtlich auf die angebliche Zurückhaltung von zweihundert Waggons Weizen und Mais aus Jugoslawien in Ungarn im Staatsamt für Volksernährung sofort Restriktionsmaßnahmen ergriffen wurden oder in Anwendung gebracht werden sollen, ist vollständig aus der Luft gegriffen. (U. A. B.)

M. S. meldet: Täglich um 3 nachmittag pfeift in dem Franzstädter Bahnhof jener Lastzug einzulaufen, der von Oesterreich her die Lastsendungen nach Ungarn bringt. Dieser Zug ist auch heute nachmittags eingetroffen, hat aber von Oesterreich her keine Waren mit sich gebracht. Nach einer Mitteilung des Stationschefs sind die mit dem Zug eingetroffenen Frachten erst von der Station Győr an verladen worden.

Die französische Presse gegen den Boykott.

Paris, 21. Juni. (Funkspruch des U. A. B.) Die französische politische Presse nimmt den gegen Ungarn geplanten Boykott mit ziemlicher Antipathie auf. Das Berner Telegramm der Agence Fabas, wonach der internationale Exekutivrat der Post-, Telegraphen- und Telephonanstalten sich dem Boykott gegen Ungarn angeschlossen hat, wird von einem anderen Blatte als der Humanität überhaupt nicht veröffentlicht.

Die holländische Presse gegen den Boykott.

Aus dem Haag telegraphiert man dem U. A. B.: Die meisten holländischen Blätter protestieren energisch gegen den vom internationalen Gewerkschaftsbund über Ungarn verhängten Boykott und fordern die christlichen Regierungen und Arbeiter der Welt auf, die auf den Boykott gerichteten Bestrebungen zu vereiteln.

Vor wichtigen Ereignissen.

Die verschobene Demission des Kabinetts. — Der Boykott. — Rubinek.

Die Parteien berieten heute über ihre Stellungnahme zur Regierung, bezüglich welcher bereits die einheitliche Auffassung besteht, daß sie für die Konsolidierung der Verhältnisse nicht geeignet sei. Im Laufe des heutigen Tages ist zur allgemeinen Situation noch ein neues Moment hinzutreten, das die Parteien abermals veranlaßt, die Lage zum Gegenstande der Prüfung zu machen.

Im Laufe des Nachmittags hat das Exekutivkomitee der Christlichnationalen Vereinigung und der Partei der Landwirte unter Vorsitz des Ernährungsministers Stefan Szabó eine Konferenz abgehalten, in der beschlossen wurde, daß während der Dauer der nunmehr zweifellos bestehenden Regierungskrise beide Parteien in vollster Solidarität vorgehen werden. Gleichzeitig wurde die Regierung verständigt, daß man angesichts des bevorstehenden Moments an dem geäußerten Wunsch nach sofortigen Rücktritt nicht festhält, sondern vielmehr erwartet, daß die Regierung die geeigneten Maßnahmen trifft. Von dem Ergebnis

der Konferenz verständigte am Abend in einer Beratung der Christlichnationalen Vereinigung Unterrichtsminister Stefan Haller die Abgeordneten.

Die Regierung zeigte sich auch bereit, ihren schon früher gefaßten Demissionsbeschluß vorerst zu suspendieren. So wird die Rekonstruktion des Kabinetts im besten Falle Ende dieser oder anfangs nächster Woche durchgeführt werden. (In dem über diese Konferenz ausgegebenen Communiqué heißt es wörtlich, die Konferenz habe es zur Kenntnis genommen, daß die Regierung, die schon im Vorhinein erklärt hatte, daß sie nach den Wahlen jenseits der Theiß zurücktreten werde, Sonntag oder Montag demissionieren wird, damit derart der Gouverneur und die Nationalversammlung in die Lage kommen, eine der gegenwärtigen politischen Konstellation entsprechende Regierung zu bilden.)

In weiteren Verläufe der Konferenz wurden die seitens der Regierung getroffenen Maßnahmen gegen den Boykott zur Kenntnis genommen. Ueber diese Maßnahmen hat Ministerpräsident Simonji-Semadam in der offenen Sitzung der Nationalversammlung schon Erklärungen abgegeben. Diese Erklärungen wurden in der Ueberzeugung gebilligt, daß die seitens der boykottierenden Staaten gegen Ungarn getroffenen Maßnahmen sie selbst weit empfindlicher treffen werden denn Ungarn. Weiters beschloß die Konferenz, im Laufe der Debatte über die Preistreiberi neuerliche Strafbestimmungen aufzunehmen. Hinsichtlich der Prügelstrafe wurde es den Mitgliedern der Partei freigestellt, nach ihrer Anschauung zu stimmen. Zur Parteifrage wird die Annahme des Gesetzes über die Prügelstrafe nicht gemacht.

In der Partei der Landwirte, wo keine Konferenz stattfand, jedoch ein reger Ideenaustausch geführt wurde, kam die Ansicht zum Ausdruck, daß die Partei, da sie jetzt über die Mehrheit in der Nationalversammlung verfügt, auch die Regierung übernehmen und nunmehr ernstlich an die Verwirklichung ihres Programms schreiten soll. In der Partei gilt Ackerbauminister Rubinek als künftiger Ministerpräsident.

Zur selben Zeit, da der Klub der Christlichnationalen Abgeordneten seine Konferenz hielt, versammelte sich im selben Hause (Károlyi-Palais) der Verband der christlichen Industriellen, wo Johann Anka einen heftigen Angriff gegen die Partei der Landwirte richtete, dieser Klassenherrschaft vorwerfend. Ebenso brachte Anka auch gegen die Regierung mehrere Beschuldigungen vor, namentlich, daß sie im Interesse der Festigung des christlichen Kurzes nichts unternähme. Dieser Ausfall fand bei den Anwesenden lebhaft Zustimmung, die sich in stürmischen Kundgebungen für Friedrich, usw. Luft machte. Unterrichtsminister Haller, der von diesen Vorgängen Kenntnis erhielt, begab sich in die Beratung der christlichen Industriellen und beschwichtigte diese, indem er ausführte, daß die Regierung alles aufbieten werde, damit die christlichen Gewerbetreibenden und Industriellen in keine nachteilige Lage geraten. Erst nach diesem Auftreten Hallers beruhigte sich die Versammlung.

Bezeichnend für die Eintracht zwischen einzelnen Mitgliedern des Kabinetts ist ein Ausfall, welchen der Kultus- und Unterrichtsminister Haller gestern, Sonntag, während einer Propagandarede in Mezökövácsháza gegen den Ackerbauminister Rubinek gemacht hat. Minister Haller bezichtigte nämlich die Aeußerung des Ministers Rubinek, als ob er dem Volke Boden zur billigen Preise versprochen, dagegen bei Verkauf der Fundationalgüter 45.000 Kronen vom Volke verlangt habe, als eine Unwahrheit. Es sei bloß geschehen, daß bei einer Lizitation eines Fundationalbesitzes der Preis eines Joches tatsächlich auf 46.000 K. hinaufgezittelt wurde. Der Minister werde aber dieses Resultat nie genehmigen. Schließlich erklärte Minister Haller, daß er auch weiter gegen die Bodenreform, wie sie Rubinek plane, kämpfen werde.

Das U. A. B. meldet: Die in Angelegenheit wegen des ungarischen Viehportes auf Grund der Interpellation Abin Lingauer's entsendete parlamentarische Untersuchungskommission hielt heute nachmittags unter Vorsitz Graf Viktor Széchenyi eine Sitzung, in welcher der auf die Erteilung der Exportbewilligung bezügliche Teil der Angelegenheit erledigt wurde. Es wurde ein Beschluß gefaßt, in welchem es heißt, daß hinsichtlich der Erteilung der Exportbewilligung das Ackerbauministerium mit der größten Umsicht vorgegangen sei, aber hinsichtlich des bewilligten Viehtransports unter Mißbrauch der Gutgläubigkeit der die Lizenz besitzenden Anstalt ein gewisser Schmuggel stattgefunden habe, betreffs dessen der Vizegespan und der Veterinärarzt die gehörige Kontrolle verabsäumt, ja der letztere den Schmuggel erleichtert hat. Die Kommission stellte auch fest, daß, als das Ministerium von diesen Mißbräuchen Kenntnis erhielt, es sofort verfügte, daß sie nicht wiederholt werden können. Das Ministerium habe, als es von den Mißbräuchen und Veräumnissen Kenntnis erhielt, sofort, noch vor der Interpellation, die Untersuchung angeordnet. Die Kommission richtet an das Ministerium des Innern und an das Justizministerium das Ersuchen, gegen Ferdinand Heinrich wegen des Schmuggels und der in den Rechtskreis der Gerichte ge-

hörigen Handlungen das Verfahren einleiten zu lassen oder, wenn dies schon geschehen, die Durchführung desselben zu urgieren. Die Verhandlung wird morgen fortgesetzt.

Aus der Nationalversammlung.

Die Gerüchte über die Verpachtung der Staatsbahnen. — Verlängerung der Sitzungsdauer. — Der Ministerpräsident über den Boykott.

Die Gerüchte über die Verpachtung der Staatsbahnen wurden in der heutigen Sitzung vor der Tagesordnung und später in der Form einer dringlichen Interpellation zur Sprache gebracht. Der Ministerpräsident trat diesen Gerüchten entgegen, gab jedoch zu, daß gewisse Verhandlungen mit einer ausländischen Finanzgruppe im Zuge seien. Der Ministerpräsident reflektierte auch auf die Bemerkungen Paul Sándors über den Boykott. Das Haus nahm übrigens den Gesetzentwurf gegen die Preistreiberi im allgemeinen an und beschloß, die Dauer der Sitzungen um eine Stunde zu verlängern.

Präsident Stefan Hatvany eröffnete die Sitzung um 11 Uhr.

Béla Fangler ergreift vor der Tagesordnung das Wort, um an die Regierung die Anfrage zu richten, ob es wahr sei, daß sie bezüglich der Verpachtung der ungarischen Staatsbahnen mit einer französischen Finanzgruppe Unterhandlungen pflege.

Karl Grech wies die Behauptung Rudolf Ruperts zurück, der von ihm sagte, er sei sein ganzes Leben hindurch im Dienste der Juden gestanden.

Rudolf Rupert replizierte, Grech sei sein ganzes Leben hindurch im Dienste der Kommerzbank gestanden, die keineswegs eine christliche Unternehmung genannt werden könne. Grech habe auch bei den Wahlen die Unterstützung der Juden in Anspruch genommen und über sein politisches Urteilsvermögen und seine politische Moral habe Redner eine schlechte Meinung.

Zum Gesetzentwurf gegen die Preistreiberi sprach als erster

Alexander Gieckwein, der in entschiedener Weise gegen die Prügelstrafe Stellung nahm. Die Prügelstrafe widerspreche den althergebrachten edlen Traditionen der ungarischen Gesetzgebung, wer für diese Strafe eintritt, könne kein national fühlender Ungar, aber auch kein wahrer Christ sein.

Zwischen Gieckwein und Johann Huber kam es sodann zu einer scharfen persönlichen Auseinandersetzung, welcher schließlich der Präsident ein Ende machte, indem er Huber die Erlaubnis verweigerte, auch zum zweiten Male das Wort zu ergreifen.

Nachdem Eugen Mikobéni und Ferdinand Bernolát zur Vorlage gesprochen und Referent Rudolf Rupert sich nochmals gegen die Einführung der Prügelstrafe geäußert hatte, wurde die Debatte geschlossen.

Sitzungen von 10 bis 3 Uhr.

Im Wege einfacher Abstimmung wurde sodann der Antrag Stefan Rubinek's und Genossen betreffend die Verlängerung der Sitzungsdauer um eine Stunde angenommen.

Von morgen an werden die Sitzungen von 10 Uhr vormittag bis 3 Uhr nachmittags dauern.

Der Boykott.

Paul Sándor unterbreitet eine dringliche Interpellation in Angelegenheit der Verpachtung der Staatsbahnen. Im Kreise sehr ernster volkswirtschaftlicher Faktoren wird darüber gesprochen, daß zwei französische Banken eine Option mit Zinsengarantie erhalten hätten. Redner wundert sich darüber, daß die Regierung sich in Verhandlungen einlasse mit Ausländern zu einer Zeit, wo die Großmächte es zulassen, daß gegen Ungarn eine Boykottaktion eingeleitet werde. Das Ausland müsse es wissen, daß vom Boykott nicht unsere Soldaten betroffen werden, denn wir werden diejenigen, die uns im Notfalle beschützen und verteidigen werden, um jeden Preis versorgen. Deshalb wurde nicht Polen unter Boykott gesetzt, als dort die Juden zu Zehntausenden hingerichtet wurden, oder England wegen der Grausamkeiten in Indien oder Rußland, wo auch jetzt die entsetzlichsten Grausamkeiten verübt werden. Die ausländischen Mächte sind voll mit Nachrichten über Atrozitäten — Lügen und Uebertreibungen —, man will in Ungarn eine Anarchie schaffen, um sich dann in unsere inneren Angelegenheiten einmischen zu können. Der Boykott ist nichts anderes als ein Komplott gegen Ungarn und wir müssen dafür sorgen, daß er wirkungslos bleiben soll. Der Boykott kann nur von kurzer Dauer sein und die Panik ist entschieden übertrieben.

Ministerpräsident Simonji-Semadam antwortet sofort auf die Interpellation. Der Boykott, sagte er, wurde nicht von den Staaten, sondern von den Gewerkschaftssekretären ins Werk gesetzt.

Rufe: Juden. Paul Sándor: Es gibt keine Juden unter ihnen. Hier sind die Namen.

Ministerpräsident Simonji-Semadam: Die Aktion der Gewerkschaften kann mit den internationalen Verträgen nicht in Verbindung gebracht werden. Uebrigens kann ich zur Beruhigung des Hauses mitteilen, daß der Ministerat den Handelsminister ermächtigt hat, bei den Eisenbahn- und Schiffsahrtunternehmungen Verfügungen zu treffen, damit allen Staaten gegenüber, welche den Boykottbeschluß der Gewerkschaftssekretäre durchführen, das Prinzip der Reziprozität angewendet und der Warenverkehr eingestellt werden soll.

Was die Staatsbahnen betrifft, erklärt der Ministerpräsident, die Regierung habe keine im geschäftlichen Sinne genommene Option erteilt. Verhandlungen seien wohl im Zuge, doch wäre es ein großer Fehler, diese Frage mit dem Boykott zu verknüpfen. Es wäre höchst seltsam, die Ver-

Iratkózzék be Budapest legnagyobb, legmodernebb kölcsönkönyvtárába!

40.000 kötet magyar, német, francia és angol mű! IV., Deák Ferenc-utca 18 (Adria palota.)

Brillanten, Perlen, Platina, Gold, Silber, Juwelen kaufe zu höchsten Preisen OLLOP, IV. Bez., Museum-körút 33.

Volkswirtschaft.

(Die Erste Ungarische Gewerbebank) hielt heute unter dem Vorsitz des Herrn Peter Munk ihre Generalversammlung. Wie aus dem Jahresberichte hervorgeht, sind die Einlagen auf 162 Millionen und die auf Wertpapiere gewährten Lombarddarlehen auf 71 Millionen gestiegen. Die Bank hat im vergangenen Jahre einige bedeutende Industrieunternehmungen ihrem Interessentenfreie angegliedert. Der Reingewinn beträgt 4.176.310 K., wovon eine Million dem Spezialreservofonds der Bank, 158.667 K. dem Reservenfond, 380.000 K. für Renten und 2.100.024 K. zur Einlösung des Dividendenkupon mit 36 K. per Aktie verwendet, während die verbleibenden 527.520 K. auf neue Rechnung vorgetragen werden. Die Generalversammlung nahm den Antrag der Direktion auf Erhöhung des Aktienkapitals von zwanzig auf vierzig Millionen Kronen an. Von den neuen Aktien werden 18 Millionen Kronen im Verhältnis zu 10:9 den alten Aktionären zum Kurse von 560 K. angeboten und die verbleibenden 2 Millionen Kronen von einem Syndikat unter Führung der Allgemeinen Verkehrsbank, Wien, für übernommen. Nach Durchführung dieser Kapitalerhöhung wird die Bank über 70 Millionen eigenes Kapital verfügen. Antrag des Aktionärs Dr. Madár J. Hedry vertagte Generalversammlung der Direktion, sowie dem Beamtenschaft Dank und Anerkennung. Zu neuen Mitgliedern der Direktion wurden die Herren Alexander Marmorstein, Direktor von den Gynde und Oskar Jerkovic, ferner in den Aufsichtsrat Otto Winkler gewählt. In der nach der Generalversammlung abgehaltenen Direktionsitzung wurden die Subdirektoren Heinrich Erden, Stefan Fuchs, Oskar Lorant, Ernst Schner und Rudolf Bernes zu Direktoren und die Herren Gusztav Zaubel, Dr. Josef Jafobovits und Alexander Sarkany zu Prokuristen ernannt.

(Die Hungaria-Bank A.G.) hielt heute unter dem Vorsitz des Grafen Alexander Sztaray ihre Generalversammlung, in welcher beschlossen wurde, aus dem 2.667.080 Kronen betragenden Reingewinn der letzten zwei Jahre eine Gesamtdividende von 48 Kronen zu verteilen. Ferner wurde beschlossen, das Aktienkapital durch Ausgabe von 25.000 Stück neuen Aktien à 400 Kronen von 20 auf 30 Millionen zu erhöhen und die neuen Aktien zum Kurse von 620 den alten Aktionären im Verhältnis von 2:1 anzubieten. Das Bezugsrecht ist bis 10. Juli bei der Hungaria-Bank oder der Bester Ungarischen Kommerzialbank auszuüben und ist der Preis sofort auszuzahlen. Nach erfolgter Erhöhung vergrößert die Bank über 30 Millionen Stammkapital und fünf Millionen Reserven. Den Erfolg der Erhöhung garantiert ein unter Führung der Kommerzialbank stehendes Syndikat. In die Direktion wurden als neue Mitglieder gewählt: Béla Balázs, Johann Treer und József Jekelshaus, in den Aufsichtsrat Dr. Eugen Sella, Dr. Julius Moldovanyi und August Ulrich.

(Vaterländische Bank-Aktiengesellschaft.) In der letzten abgehaltenen Direktionsitzung wurde beschlossen, der für den 1. Juli einberufenen außerordentlichen Generalversammlung die Erhöhung des Aktienkapitals von 64 Millionen Kronen auf 100 Millionen Kronen zu beantragen.

(„Oskar Szász“ Eisenindustrie- und Handels-A.G.) Unter dieser Firma konstituierte sich heute in den Lokalitäten der Nationalen Sparkasse und Bank diese Gesellschaft mit einem vollstehenden Aktienkapital von 3 Millionen Kronen. Dieselbe umfasst eine modern angelegte Eisen- und Metallwarenfabrik, wie auch drei gut eingeführte Stadteisenwerke des bisherigen Inhabers Oskar Szász, der als Generaldirektor die Leitung der Gesellschaft auch weiter beibehält. In die Direktion wurden folgende Herren gewählt: Max v. Gompertz (Präsident), Oskar Szász (Vizepräsident), die Direktoren Sigmund Vas, Béla Fröhberger, ferner Max Szabó, Ludwig Binter und Dr. Wilhelm Strauß.

(Koncierge, Bester Versicherungsanstalt.) Die Schlussrechnungen für die Jahre 1918 und 1919 bezeugen den kräftigen Aufschwung und die Geschäftsentwicklung dieser Anstalt. Die Prämien- und Gebühreneinnahmen betragen nach Abzug der Steuern 99.462.399 K. gegen 29.469.412 K. pro 1917, demnach sich eine Steigerung der Einnahmen von 89.992.977 K. ergibt. Der Lebensversicherungsfonds stieg nach Abzug des Anfalls auf 240 Millionen Kronen, also um 88 Millionen Versicherungskapital. Die Gesamtreserven der Anstalt betragen nunmehr 85.148.595 K., was im Vergleich zum Jahre 1917 einer Erhöhung von 24.949.920 K. entspricht. Nach umfänglicher Dotierung der Reserven und nach vollständiger Abrechnung sämtlicher Acquisitionsstellen steht der Generalversammlung ein Reingewinn von 1.723.779 K. zur Verfügung und wurde seitens der Direktion der Beschluss gefasst, der für den 30. Juni d. J. einzuberufenden ordentlichen Generalversammlung vorzuschlagen, daß die Dividendenkupon pro 1918 und 1919 der auf 200 K. Nominalen lautenden Aktien zusammen mit 30 K., d. i. 15 Prozent eingeführt werden.

(Von der Börse.) Die Börse begann diese Woche in derselben lustigen Stimmung, in welcher sie die vorige schloß. Sowohl die innerpolitische Lage, wie die von den ausländischen Märkten vorgelegenen ungünstigen Meldungen und auch die Konkordanzgelegenheit waren die Ursachen der Depression, die namentlich zu Beginn des heutigen Verkehrs eine ziemlich tiefgehende war und einen Kursrückgang beispielsweise der Ungarischen Kreditaktie um 60 K. und der Britisch-ungarischen um 65 K. herbeiführte. Im weiteren Verlaufe konnte eine entschiedene Beruhigung

durchgreifen, es wurden Rückkäufe vorgenommen, wodurch die Kurse in vielen Fällen ihr Freitagniveau wieder erreichten, doch gab es für eine Reihe von Effekten auch heute Kurseinbußen. Von Banknoten verloren Oesterreichische Kredit 25 K., Agrarbank 30 K., Vaterländische 24 K., höher waren Realitäten um 30 K.; Wägen waren um 50 bis 100 K. schwächer, von Bergwerken hielten ein Bozener 250 K., Obergerarische 230 K., Magyest 140 K., Urkänner 380 K., Salgó 150 K., Schiffaktien waren um 200 bis 300 K. billiger, von Eisenbahnen verloren Straßenbahn 28 K., Stadtbahn und Südbahn je 15 K., Staatsbahn 105 K., von Eisenwerten Koburg 100 K., Ganz (die um 1000 K. gefallen waren) 500 K., Vollständige Geschäftslosigkeit herrschte auf dem Industriemarkt und betrug die Rückgänge für Chinoin 150 K., Flora und Danica 100 K., Gutmann 125 K., Holzproduzenten 150 K., Klotild 120 K., Nationale Holz 170 K., Raficer 500 K., Kézbanpaer 100 K., Szikra 100 K. und einige andere Effekten 30 bis 50 K.; höher waren bloß Lampen um 50 K. — Auf dem Valutenmarkt war die Tendenz bei geringem Geschäft keine einheitliche. Teurer wurden Dinar um 45, Pfund um 6, Gold um 15 Punkte, billiger Mark um 13, Wei um 13, Sokal um 8, Franz, Frank um 110 Punkte. Die heutigen Notierungen waren die folgenden:

Table with columns: Banken, Mühlen, Erste Schlusskurse, Diverse, Valuten, Devisen. Lists various financial data including bank notes, flour prices, exchange rates, and commodity prices.

Eigentümer: „Hungaria“ Buchdruckerei und Verlagsgesellschaft Sigmund Bródy. Verantwortlicher Chefredakteur: Dr. Ludwig Bródy. Druckerei: „Hungaria“ Buchdruckerei und Verlagsgesellschaft.

Advertisement for various theaters and performances. Includes: Király Színház, Magyar Színház, Fővárosi Nyári Színház, Belvárosi Színház, Andrassy-nti Színház, Fővárosi Orfeum, Budapesti Színház, Royal-Orfeum, Bolondokháza, KERT-MOZI, PARÁZNA PÉNZ, Fővárosi Cirkusz, Fékeműsor, OMNIA, Az utolsó hajnal.

Kleiner Anzeiger.

Jedes Wort 3 K., fettgedruckt 6 K. Die kleinste Anzeige 30 K. (Stellenfuchende bezahle die Hälfte.)

Advertisement for various services and goods. Includes: KAUF UND VERKAUF, OFFENE STELLEN, STELLENGESUCHE, HEIRATSANTRÄGE, GESCHÄFTE, SOMMERWOHNUNG, KONKURS, MUSIK, UNTERRICHT, KORRESPONDENZ. Lists various offers, job openings, and advertisements.

Die Zweidrit mit der urprüng moralisch Sicherheit der Preis uns von iprochen. Abgeordn tige Arg getehrt u sichtsunt unanfecht turzufan Brügelin Abgeordn lage eint zeitige sp strafliche streu un Aus welo ihre Lehr dig unbel deuteten statijit d und erij schnittsra biet und eröhben, maßes schließen, mordener da man Todesstro len auch durch Se Strenge für jere Gese strafe bef den Ausf tente wa Friedens ungarische Schmerzes beherscht, ganzes B nerhandlt Rache au Volkes le sichen Zusf werden. I an demsel ist. Die 9 Schmerze als Rückf fühlerwoge weichen. U Befiege, d der Gefek nicht frei friedigung ferner Natl hin bekrad gemeinen Wo S des Schme weisführun erschütterte starken Re und in ih und gered diese drei werden, da gefühl der fälle von nehmen u andere Gef Leben laun